

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreise monatl. frei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,70 M. (ohne Zusatzengebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 699, Dresdner Verlagsgesellschaft
Ergänzung: Dresden-N. Oberbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltene Monoparallele oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restameile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM.
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Oberbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 6. Juni 1929

Nummer 129

Phantastische Riesengewinne der Konzerne

Ungeheurer Raubbau an der Arbeitskraft

Rede des Genossen Koenen zur Wirtschaftspolitik der Großen Koalition

In der Beratung des Haushalts für das Reichswirtschaftsministerium sprach am Mittwoch für die kommunistische Fraktion Genosse Koenen: In der gestrigen Debatte wurden zwei Seiten als Ablenkungsmanöver für Arbeiter und wertmäßige Mittelschichten gehalten. Die eine von dem Sozialdemokraten Koenen, die andere von dem volksparteilichen Minister Curtius. Koenen begann mit einigen Allgemeinheiten über die kapitalistische Wirtschaft, die seiner Rede einen marxistischen Anstrich geben sollten, aber er endete diese „grundrissliche“ Kritik mit dem hehrsten, arbeitserneuernden Vorlesung, daß baldigt in ausbreiteter Form die Mitverwaltung der Arbeiterkraft an der deutschen Wirtschaft gesetzlich sichergestellt werden müsse.

Neben dieser Koalitionsidee für die Arbeiterschaft stand in gleicher Arbeitsverteilung die Rede des volksparteilichen Wirtschaftspräsidenten Curtius, der den Mittelstand für die Koalitionspolitik einzufangen versuchte. Die von ihm herbeigeleitete Mittelstandsdebatte war eine bewußte Ablenkung von der unheilvollen monopolistischen Kapitalkonzentration, die wir gerade in den letzten Jahren in Deutschland erleben. Ueber manche Seite für die wertmäßigen Mittelschichten, über Beilegung rührender Steuern und verbilligte Kredite für die kleinen Leute sprach der großkapitalistische Wirtschaftsminister kein Wort. Im Gegenteil, er kündigte unter Ausnutzung der Kommunalverwaltungsmittel vieler Gewerbetreibender neue Steuern für die kommunalen Versorgungsgebiete an.

Riesengewinne der Konzerne

Warum diese Ablenkungsreden der Vertreter der beiden größten Koalitionsparteien? Sie wollten nicht erkennen lassen, weshalb heftigsten Reagen das Truttkapital von der Wirtschaftspolitik der Großen Koalition hat. Wir Kommunisten aber haben den wertmäßigen Mittelschichten ebenso wie den Arbeitern den gemeinsamen Feind aufzuzeigen. Gerade in diesen Tagen wird bekannt, welche schamlosen Gewinne der größte deutsche Trust, die I. G. Farben, im letzten Jahre machte. Dieser Trust, der über ein Milliardenkapital verfügt, gibt nicht weniger als 12 Millionen Reingewinn an. Daneben sind 12 Millionen dem Konzern selbst überwiegen, 72 Millionen sind als Abschreibung verzeichnet, die Lagerbestände sind fast 100 Millionen höher als im Vorjahr, und die Bankguthaben um rund 60 Millionen. Diese Bilanz der Hunderte von Millionen an Gewinn, die in einem Jahre bei einem einzigen Konzern gemacht wurden, sie zeigen den Hydranten des Arbeiterelends und der Mittelstandsnöte. Allein im Rummer macht dieser Konzern an jedem Werktag einen Reingewinn von rund einer Million. Das macht eine Stundenloshöhe von 80 Pf., möglich. Über ganze 4 Beteiligungsunternehmen hat man jetzt den Arbeitern zugesprochen. Auch diese Pfennige wird man ihnen noch durch Kürzungen der Afford- und Prämienlöhne wieder abnehmen. Das ist der „höhere Anteil“ am Sozialprodukt, von dem der Sozialverrat Krähig sprach.

Über andere große Profitmacher aus diesem Jahre der Kellnerarbeitlosigkeit gehen täglich Meldungen durch die Presse. Auch der „Vorwärts“ reißt sich gewaschen, immer wieder zu berichten über Hochbetrieb und Rekordumsätze, wachsende Rentabilität, große Gewinne, erhöhte Dividende, Glanzabschlüsse und Hochburgen des Profits. (Köner zitiert laut Vorwärts Beispiele aus allen Industrien.) Wie bei solchen Gewinnen die Schimmer und Präter Schwelgen, zeigt die Feststellung der Arbeitslosengesellschaft, daß im vergangenen Jahre die Einfuhr von Waren feineren Geschmacks fast 10 Prozent höher war als 1927 und um 16 Prozent höher als 1928. Daneben berichtet viele Reichsstelle aber auch über das wachsende Elend, das sich im Staute des Verbrauchs an Gütern des Massenbedarfs zeigt.

Neben dem Schlemmen und Praßen geht die Kapitalaufnahme in rasendem Tempo vor sich. Eine SPD-Zeitung, die „Arbeiterstimme“ in Chemnitz, muß in einer Aufrechnung feststellen, daß 24 große Unternehmungen in einem Jahre ihr Kapital um die Hälfte erhöhen konnten. Dabei zahlten diese großen Aktiengesellschaften im Krisenjahr 1928, dem Jahr der Massenarbeitslosigkeit, noch dieselben Dividenden aus wie 1927, dem Jahr der Hochkonjunktur.

Aber auch das ausländische Finanzkapital hat seinen Vorrat zur Beherrschung ganzer deutscher Industriezweige fortgesetzt. Die Verbindung der amerikanischen Kapitalisten als „Kriegstreiber“ für den Stahltrust, für den Rüstungskonzern, für den Rüstungsmarkt und die Elektroindustrie sind bekannt. Jetzt greift das ausländische Finanzkapital zu den Massenverbrauchsgegenständen. Der Braunkohl ist ihnen teilweise, die Margarine fast ganz verfallen. Jetzt ist die Eroberung der deutschen Schuhfabrikation durch das Auslandskapital im Gange. Die deutsche Zündholzfabrikation wurde in den letzten Jahren durch Reichstagsbeschlüsse mit sozialdemokratischer Zustimmung vollends überhört.

Die internationale, kapitalistische Verbundenheit ist so stark, daß der deutsche Reichswirtschaftsminister im Haushaltsauswahl mit Bedauern feststellte, daß die billigeren russische Zündholzeinheiten den deutschen Zündholstrust der schweizerischen Finanzkapitalisten zwar Kreuzer gefährde. Er kündigte ein Einfuhrverbot für russische Zündholzer an, aber ihn überbot noch in wahrhaftiger Knechtseligkeit der SPD-Köner Heinig. Er verlangte als Schutz für den teuren Zündholstrust des zwar Kreuzer, daß die deutsche Industrie keine Maschinen mehr zur Zündholzfabrikation nach Sowjetrußland liefern solle.

Bei solcher Hilflosigkeit der sogenannten Arbeiterführer ist es wahrlich kein Wunder, wenn das ausländische Kapital sich auch deutschen Unternehmungen reißt. Am meisten vertraut das

internationale Finanzkapital der schändlichen Lohnpolitik dieser Reformisten. Selbst das Berliner Tagesblatt muß am 16. Januar ausführlich darlegen, daß die amerikanische Industriekonstellation auf der Ausnutzung der niedrigeren deutschen Löhne beruhe. Das sei die Begründung, warum sich die Amerikaner hier einen Vorteil auf das Geschäft versprechen. Diese internationale Lohnknechtung, diese Verschacherung der deutschen Proleten, das ist der ökonomische Ausdruck für die Wirtschaftspolitik der Großen Koalition. Die Verschacherung der Opelwerke an General Motors ist das neueste Beispiel dieser Lohnknechtung. Die Verbindung von I. G. Farben mit den deutschen Ford-Autofabriken beruht auf demselben Ausplünderungsprinzip.

Trotzdem, die deutschen Produktionsstätten sind gestiegen. Aber gleichzeitig liegt das deutsche Elend. Nur auf der Grundlage der verhärteten Ausbeutung, der Senkung des Reallohns, der unerhörten Steigerung der Leistungen konnte diese Steigerung der Produktionsstätten erreicht werden.

Trotzdem, die deutschen Produktionsstätten sind gestiegen. Aber gleichzeitig liegt die deutsche Massenarbeitslosigkeit. Aber jetzt im Hochsommer haben wir dieselbe Arbeitslosenquote wie im Dezember 1928, und noch eine Million Arbeitslose mehr als im Monatsdurchschnitt des Jahres 1927.

Das Kräfteverhältnis des deutschen Kapitalismus tritt damit trotz in Erscheinung, daß in diesem Frühjahr sich alle kapitalistischen Quacksalber an der Lösung dieses trübsüchtigen Zustandes

mit den schändlichsten Vorschlägen verjuchten. Die Bergwerkszeitung war es, die wieder am freiesten die großkapitalistische Ausbeuterlösung proklamierte. Sie schlug Ende April der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie vor, doch endlich eine neue, echte Arbeitgemeinschaft zu bilden, wie das in England doch schon gelungen sei. Was die Trade Unions möglichst gemacht hätten, das müsse auch in Deutschland durchführbar sein. Da die große Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft doch an der Berechtigung durch die Kommunisten keine Freude haben könne, sollten doch führende Männer beiderseits Tuschelungen nehmen, um auf dem Wege der Verständigung zu einem vernünftigen Übereinkommen zu gelangen.

Also eine neue Arbeitgemeinschaft für eine neue Kapitaloffensive, das soll der Inhalt der weiteren Wirtschaftspolitik der Großen Koalition sein. Das deutsche Finanzkapital will sich zu einem neuen imperialistischen Aufschwung rüsten. Die Finanzgewaltigen werden nach der neuen Kapitalaufhäufung, die ihnen die Koalitionsregierung in so überaus reichem Maße beschert hat, jetzt den Kampf um die Kapitalausfuhr und um die gesteigerte Warenexportation beginnen. Die Erstlichung des Ostens wird dabei ihr Kampfbild sein. Die Herrschaft des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion, die Eingliederung der erstarrten sowjetrussischen Wirtschaft in die kapitalistische Ausbeuterwirtschaft, das wird nicht nur das wirtschaftspolitische, sondern auch das machtpolitische Ziel des deutschen Finanzkapitals sein. Die verelendeten und ausgeplündernten Arbeitermassen Deutschlands müssen diese kriegauslösenden kontrarevolutionären Pläne des deutschen Finanzkapitals und seiner Koalitionsregierung durchkreuzen, indem sie durch ihre eigene Erhebung und den eigenen Kampf um die Macht sich selbst befreien und die Sowjetunion und ihren rüstigen sozialistischen Aufbau vor den gefährlichen Feinden schützen.

Vor Täuschungsmanövern und Kuhhandel

Zur Eröffnung des Sächsischen Landtages

R. R. Auf der Tagesordnung der heutigen Eröffnungssitzung des Sächsischen Landtages steht die Wahl des Präsidiums und die Wahl der Ausschüsse. Zwischen den Bürgerlichen und Sozialdemokraten werden bei der Abwicklung dieser Tagesordnungspunkte keine Differenzen entstehen. Die Wahrung der Würde des bürgerlichen Parlamentarismus ist durch diese Parteien absolut garantiert. Die Sozialdemokraten werden den Landtagspräsidenten beanspruchen, und dieser wird von den gesamten bürgerlichen Parteien mitgewählt werden. Die bisherigen Parteien des Hecht-Bürgerbundes haben eine interfraktionelle Sitzung abgehalten, in der sie sich darauf geeinigt haben, als ersten Vizepräsidenten wieder den bisherigen ersten Vizepräsidenten Dr. Eckardt vorzuschlagen. Sie erheben also keinen Anspruch auf den Landtagspräsidenten. Der Hecht-Bürgerbund inszeniert eine besonders feierliche Dekoration für die Eröffnung. Am 11 Uhr ist ein besonderer Gottesdienst in der evangelischen Domkirche angelegt, in der Landesbischof Dr. Ihmels eine feierliche Eröffnungsrede halten und das Lob der bürgerlichen Demokratie singen wird.

Die Arbeiterschaft wird sich durch die dekorative Aufmachung der Landtagseröffnung über die wirkliche Rolle des bürgerlichen

Parlamentarismus nicht täuschen lassen. Wie die Stimmabgabe von 250 000 Stimmen für die kommunistische Partei beweist, hat der revolutionäre Kern des sächsischen Proletariats, haben große Massen der sächsischen Arbeiter erkannt, daß der Parlamentarismus in einem kapitalistischen Staat nichts anderes darstellt als eine Maßnahme zur Verschleierung der kapitalistischen Diktatur. Auch der Sächsische Landtag wird trotz seiner weihenollen Eröffnung in der nächsten Zeit in immer weiterem Umfang seine eigene Enthüllung durchzuführen müssen. Die Zuspaltung der Verhältnisse zwingt das Truttkapital, die demokratische Maske immer mehr abzulegen und offene Methoden der Diktatur anzunehmen. Die Vorgänge, die sich in der letzten Zeit im Preussischen Landtag und im Reichstag abspielten, das brutale Vorgehen der Tribünen, der Massen hinauswurf kommunistischer Abgeordneter zeigt, daß die Anwendung der sächsischen Methoden auch vor den Sälen des Parlaments keineswegs halt macht.

Die Gesamtsituation, in der der Sächsische Landtag zusammentritt, steht im Zeichen der Verschärfung der Gegensätze im Lager der Imperialisten, der verstärkten Kriegsgefahr und der Zuspaltung der Klassengegensätze und Klassenkämpfe. Die internationale Lage wird gekennzeichnet durch die Verhandlungen in Paris, in denen zwar die Kapitalisten die eigenen Gegensätze vorläufig juristisch stellen, jedoch keineswegs aufheben. Die Zurückstellung der eigenen Gegensätze dokumentiert nur die Gemeinsamkeit des internationalen Kapitals gegen die Kräfte der proletarischen Revolution. Klar und deutlich wurden in Paris die deutschen Kapitalisten mit der Verlockung auf eine Milderung der Tributverpflichtung als die Heuchelei bei den Kriegstreibern gegen die Sowjetrepublik erkoren. Die Verschärfung der Kriegsgefahr wird auch gekennzeichnet durch das brutale Vorgehen der chinesischen Senkerregierung gegen die Vertreter der Sowjetunion, die Umwälzung in Afghanistan, die von England organisiert und geleitet, einen Schritt bei der militärischen Eintreibung der Sowjetunion darstellt.

In Deutschland vollführt das Unternehmertum die brutalste Lohndruck- und Hungeroffensive gegen die deutsche Arbeiterschaft. Die Vorbereitungen für die Beteiligung Deutschlands an einem imperialistischen neuen Krieg werden durch die Aufrüstung der Reichswehr und den Panzerkreuzerbau im breitesten Umfang getroffen. Eine neue Welle der Nationalisierung soll die Profitrate des deutschen Unternehmertums erhöhen. Die Vorbereitung eines imperialistischen Krieges, gesteigerte Ausbeutung, brutale Unterdrückung der Arbeiterschaft sind die Methoden, mit denen die deutschen Kapitalisten ihre Wirtschaft restaurieren und aufrechterhalten.

Bei der Durchführung ihrer Maßnahmen hütet sich die Trustbourgeoisie auf die Sozialdemokraten, die alle Schritte für die Entwicklung des deutschen Kapitalismus, für die Neuerstarkung des deutschen Imperialismus vorbereiten und durchführen. Nach einem schamlosen Betrugsmannöver gegen 2 Millionen deutsche Arbeiter, vollführen die deutschen Sozialdemo-

Für 70 Pfennig einen ausführlichen Parteitage-Bericht!

Während des 12. Parteitages der KPD in Berlin erscheint täglich in Zeitungsformat, Umfang 6 bis 10 Seiten **„Die KPD“**

Informationsblatt für alle Werktätigen über den 12. Parteitag der KPD 9.—15. 6. 1929 in Berlin

Die Zeitung erscheint siebenmal und muß sofort bestellt werden bei dem Zentralkomitee der KPD, Berlin C 23, Kleine Alexanderstraße 28, Agitprop-Abtg.

Betrag im voraus einenden (in Briefmarken oder auf Postkonten Wilhelm Pieck, Berlin, Nr. 102 254).

Einzelbestellungen: 7 Zeitungen 70 Pf.

Sammelbestellungen durch Parteiorganisationen von 20 Exemplaren an werden auf 30 Pf. für 7 Parteitagezeitungen ermäßigt.

Jeder Unterbezirk, jede Ortsgruppe, jede Betriebs- und Straßenzelle sammelt sofort 20 Bestellungen und sende die 10 Mark ein.

Jedes einzelne Mitglied, jeder Funktionär sichere sich ein Protokoll durch sofortige Bestellung und Voreinsendung der 70 Pf.

Genossen! Nutzt diese Gelegenheit aus!